

**V-04** Wohnungs- und Obdachlosigkeit in Berlin bekämpfen – differenzierte Antworten auf ein komplexes Problem

Antragsteller\*in: Fatos Topac (LAG Gesundheit und Soziales), Taylan Kurt (KV Mitte)  
Tagesordnungspunkt: T-9 Weitere Anträge

1 Wohnungs- und Obdachlosigkeit in Berlin bekämpfen – differenzierte Antworten auf  
2 ein komplexes Problem

3 Niemand wird auf der Straße geboren, aber jeder Mensch kann auf der Straße  
4 landen.

5 Wohnungs- bzw. Obdachlosigkeit<sup>[1]</sup> kann viele von uns treffen. Zunehmend mehr  
6 trifft es Menschen aus der „Mitte“ der Gesellschaft jeglicher Herkunft: Junge  
7 Heranwachsende, Familien, Rentner\*innen nach einem langen Arbeitsleben und  
8 Frauen; hinzukommen verschuldete Menschen, Menschen nach Trennung / Scheidung,  
9 Suchtmittelabhängige, Psychisch Kranke, Pflegebedürftige, Menschen mit  
10 Behinderungen und EU-Bürger\*innen. Sie verlieren z.B. ihre Wohnung, weil die  
11 Mieten in Berlin durch die Decke gehen oder nicht vom Jobcenter übernommen  
12 werden, weil viele Menschen trotz Arbeit arm sind, sie in der Krise sind und  
13 „abtauchen“ und ihre Post schon länger nicht mehr öffnen, Hilfsangebote nicht  
14 kennen oder sich schämen, diese in Anspruch zu nehmen.

15 Bis auf wenige Aussteiger\*innen ist kaum jemand freiwillig obdachlos. Wir haben  
16 hier einen gesetzlichen und gesellschaftlichen Auftrag, diesen Menschen zu  
17 helfen.

18 Besonders in den Innenstadtbezirken ist die Situation obdachloser Menschen  
19 unübersehbar. Immer mehr Menschen campieren in Grünanlagen, unter Brücken, in  
20 Hauseingängen oder schlafen neben Geldautomaten in Bankfilialen. Dies ist ein  
21 unhaltbarer Zustand. Ihre Bedarfe und die Problemlagen erweisen sich in  
22 einzelnen Stadtteilen als sehr differenziert. Seit Jahren steigt ihre Anzahl  
23 rapide an und liegt mittlerweile bei geschätzt bis zu 10.000 Obdachlosen. Zu  
24 lange haben Vorgängerregierungen den Mangel verwaltet und sich davor gedrückt,  
25 nachhaltige Lösungen gegen Wohnungs- und Obdachlosigkeit zu entwickeln.

26 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vertritt eine emanzipative und solidarische Sozialpolitik.  
27 Mit unserem Grundsatzprogramm haben wir uns dazu verpflichtet, dass wir „eine  
28 politische Kultur der Solidarität entwickeln wollen, in der Respekt, Toleranz  
29 und Hilfe sowie das Engagement für die Schwächsten selbstverständlich ist. [...] Vorrangiges Ziel unserer Politik ist es, Armut und soziale Ausgrenzung zu vermeiden und die soziale Lage der am schlechtesten Gestellten zu verbessern.“ Diese Grundsätze müssen sich nicht nur im politischen Tagesgeschäft bewähren, sondern gerade dann, wenn sozialpolitisches Handeln und sozialpolitische Verantwortung durch besondere Umstände und Problemlagen herausgefordert werden.

35 Wir erwarten Differenzierung in der öffentlichen Debatte und haben den Anspruch  
36 auch als Partei differenzierte Antworten zu geben und Lösungen anzubieten, die  
37 mit unseren Grundüberzeugungen im Einklang stehen. Populistische und  
38 alarmistische Aussagen wie die Forderung nach Abschiebungen von  
39 Unionsbürger\*innen sind für uns keine Lösung.

40 Mit dem kommenden Doppelhaushalt 2018/2019 investieren wir mehr in den Kampf  
41 gegen Obdachlosigkeit als jemals zuvor. Gleichzeitig ist klar, dass der Bedarf  
42 an niedrigschwelligen und zielgruppenspezifischen Angeboten, ob für Ältere,  
43 psychisch Kranke, Drogen- und Alkoholabhängige, Familien oder wohnungs- und  
44 obdachlose Unionsbürger\*innen weiter hoch ist. Es braucht daher mehr Tempo bei  
45 der Entwicklung und Umsetzung von Maßnahmen zur Prävention und Bekämpfung von  
46 Wohnungs- und Obdachlosigkeit durch die zuständige Senatsverwaltung. So gibt es  
47 nach wie vor weder eine Wohnungs- und Obdachlosenstatistik als Teil einer  
48 integrierten Armuts- und Sozialberichterstattung, noch überarbeitete Leitlinien  
49 der Wohnungslosenpolitik, die die Grundlage für eine gesamtstädtische  
50 ressortübergreifende (z.B. Wohnen, Gesundheit und Pflege, Soziales, Jugend und  
51 Familie, Finanzen) Strategie zur Bekämpfung von Wohnungs- und Obdachlosigkeit in  
52 Berlin sein müssen. Nur auf dieser Grundlage ist es möglich, passgenaue und  
53 bedarfsorientierte Lösungen für die vielfältigen Bedarfe zu entwickeln bzw.  
54 vorhandene Angebote auf ihre Wirksamkeit zu überprüfen. Die politischen Ziele,  
55 die in der rot-rot-grünen Koalitionsvereinbarung festgeschrieben wurden, müssen  
56 schnellstmöglich umgesetzt werden.

57 Der beste Weg Obdachlosigkeit zu bekämpfen ist Wohnungslosigkeit erst gar nicht  
58 entstehen zu lassen. Hilfen für von Wohnungslosigkeit betroffene Menschen werden  
59 durch unzählige Ämter nebeneinander angeboten. Ermessensspielräume der Jobcenter  
60 bei der Übernahme von Miet- und Energieschulden werden zugunsten der Betroffenen  
61 nicht genutzt. Auch kommen nicht die Hilfen zu den Betroffenen; deshalb brauchen  
62 wir aufsuchende Sozialarbeit.

63 Daher wollen wir Hilfen „aus einer Hand“ mit ressortübergreifenden personell gut  
64 ausgestatteten Fachstellen in Anlehnung an das „Karlsruher Modell“ in den  
65 Bezirken. Hier sollen alle relevanten Stellen (Sozialämter, Jobcenter,  
66 Jugendämter, Gesundheitsämter, bezirkliche Schuldner\*innenberatungen,  
67 geschütztes Marktsegment) koordiniert arbeiten.

68 Seit Jahren werden Wohnungslose lediglich „verwahrt“. Wir wollen durch  
69 weitergehende Qualitätsstandards, durch Beratung und Begleitung, einem  
70 obligatorischen Clearing, der Bevorzugung gemeinnütziger BetreiberInnen und der  
71 Errichtung von Bewohner\*innenbeiräten die Situation in den Unterkünften  
72 verbessern. Ebenso unterstützen wir innovative Konzepte und sehen im Housing-  
73 First-Ansatz ein Modell, mit dem insbesondere obdachlose Frauen besser  
74 unterstützt werden können. Wer auf der Straße lebt und keinen Zugang zu  
75 sanitären Einrichtungen und einer medizinischen Versorgung hat, wird krank und  
76 dessen Lebenserwartung sinkt rapide. Daher brauchen wir ein niedrigschwelliges  
77 Angebot zur gesundheitlichen Versorgung und ein mobiles Hygieneangebot (Duschen  
78 auf Rädern). Für eine nachhaltige Bekämpfung der Wohnungslosigkeit brauchen wir  
79 dringend ausreichend bezahlbaren Wohnraum.

80 Die aktuelle Situation Obdachloser spiegelt nicht nur die sich verschärfende  
81 Armut in Berlin, sondern unzweifelhaft auch das soziale Gefälle in Europa  
82 wieder. Für eine nachhaltige Armutsbekämpfung brauchen wir eine europäische  
83 Sozialpolitik. Darum brauchen wir eine bessere und europäisch geregelte soziale  
84 Absicherung der Freizügigkeit, um die regionalen Unterschiede in den  
85 Lebensverhältnissen langfristig wirksam zu bekämpfen. Hierfür sind eine stärkere  
86 Koordinierung und europäische Standards im Bereich der sozialen Sicherung und im  
87 Bereich des Arbeitsmarktes unerlässlich. Wir sehen uns als Berliner Grüne in der  
88 Pflicht, diesen Menschen in ihrer Notsituation konkret zu helfen. Dafür wollen

89 wir die aufsuchende Sozialarbeit weiter stärken. Klar ist aber, dass wir die  
90 Menschen so schnell wie möglich in etablierte, funktionierende Hilfestrukturen  
91 überführen müssen.

92 Wir müssen in der Lage sein jeweils einzeln für jeden Menschen festzustellen,  
93 welche Ansprüche auf Sozialleistungen bestehen und welche Strukturen genutzt  
94 werden können. Um dies zu leisten wollen wir eine aus Landesmitteln finanzierte  
95 Clearingstelle für Unionsbürger\*innen einrichten. Hier sollen Sprach- und  
96 Beratungskompetenzen gebündelt werden.

97 Die Große Koalition hat Ende vergangenen Jahres den Zugang von  
98 Unionsbürger\*innen zu Sozialleistungen drastisch eingeschränkt und sie, wenn sie  
99 noch nicht ausreichend lange in Deutschland einer Erwerbstätigkeit nachgegangen  
100 sind, pauschal für die ersten fünf Jahre von Grundsicherungsleistungen und  
101 grundsätzlich auch von Sozialhilfe ausgeschlossen. Unsere grüne  
102 Bundestagsfraktion hat dies scharf kritisiert. Der Bund schleicht sich aus der  
103 Verantwortung und drängt Menschen in Notlagen. Viel sinnvoller wäre es, klar zu  
104 definieren, dass Unionsbürger\*innen nach drei Monaten Zugang zu Leistungen aus  
105 dem SGB II und dem SGB III erhalten können, wenn sie eine Verbindung zum  
106 hiesigen Arbeitsmarkt aufgebaut haben und aktiv nach Arbeit suchen – sowohl  
107 finanziell wie auch bei Beratung, Qualifikation und Vermittlung. Dies bedeutet  
108 keine bedingungslose Öffnung der deutschen Sozialsysteme, aber zeigt gangbare  
109 Wege auf, Menschen Unterstützung zu geben und Kommunen mit den Aufgaben nicht  
110 allein zu lassen.

111 Wir sind uns bewusst, dass dieser Weg in einer Zeit, in der Deutschland und  
112 Europa nach rechts rücken, nicht auf schnellen Applaus hoffen kann. Wir zweifeln  
113 aber keine Sekunde daran, dass dieser Weg der richtige ist. Wir lassen uns nicht  
114 dazu treiben Probleme auf dem Rücken der Schwächsten auszutragen. Wir helfen  
115 Menschen vor Ort mit allen Mitteln, die wir haben. Und wir reißen die  
116 Freizügigkeit in Europa nicht aus Angst vor rechtem Populismus nieder, sondern  
117 richten klare Forderungen an den Bund und kämpfen für ein sozialeres Europa.

118 [1]Obdachlosigkeit: „Als obdachlos gelten Menschen, die auf der Straße leben, an  
119 öffentlichen Plätzen wohnen, ohne eine Unterkunft, die sich in Verschlägen,  
120 Parks oder unter Brücken etc. aufhalten. Obdachlos sind aber auch Menschen in  
121 Notunterkünften, die keinen festen Wohnsitz haben und in Wärmestuben,  
122 Notschlafstellen oder anderen niedrigschwelligen Einrichtungen übernachten.“  
123 (BAG Wohnungslosenhilfe)

124 Wohnungslosigkeit: „Als wohnungslos gelten Menschen, die in Einrichtungen  
125 wohnen, in denen die Aufenthaltsdauer begrenzt ist und in denen keine  
126 Dauerwohnplätze zur Verfügung stehen, wie z.B. Übergangswohnheime, Asyle und  
127 Herbergen, aber auch Übergangswohnungen. Auch Frauen und Kinder, die wegen  
128 häuslicher Gewalt ihre Wohnung verlassen haben und kurz- bis mittelfristig in  
129 einer Schutzeinrichtung beherbergt sind, wie z.B. in Frauenhäusern, sind  
130 wohnungslos (...)“ (BAG Wohnungslosenhilfe)